

# **Diensthandbuch der Zentralkonferenz der Evangelisch-methodistischen Kirche in Deutschland - Fassung 2010**

## **710.2**

### **1 Kircheneigene Dienstwohnungen**

#### **1.1 Grundsatz und Zuständigkeit**

1.1.1 Eine Dienstwohnung gemäß Absatz 1 ist eine Wohnung, die sich im Eigentum eines Bezirks befindet

1.1.2 Die Beurteilung der vorhandenen Dienstwohnung auf die Eignung für eine geplante Dienstzuweisung erfolgt in Absprache zwischen DN, Bezirk und dem zuständigen Superintendenten/der zuständigen Superintendentin.

1.1.3 Neubau oder Veränderungen in Dienstwohnungen sind auf Antrag des Bezirks durch die Kommission für Finanzen und Kircheneigentum der JK zu genehmigen.

#### **1.2 Steuern und Sozialversicherung**

Der Wert einer Dienstwohnung (Mietwert) wird aufgrund der Größe und Beschaffenheit und Lage sowie der örtlichen Gegebenheiten durch den Bezirk ermittelt. Hierbei ist der örtliche Mietspiegel oder die Vergleichsmiete (durch kommunale Behörden) heranzuziehen.

Der von der GVK vorgelegte Erhebungsbogen zur Ermittlung der Höhe der Mietwerte wird durch den Dienstwohnungsinhaber/die Dienstwohnungsinhaberin und den Vorsitzenden/die Vorsitzende des Ausschusses für Kircheneigentum und Hausverwaltung der Bezirkskonferenz ausgefüllt. Auf Grund dieses Fragebogens und gegebenenfalls weiterer Informationen legt die Gehalts- und Versorgungskasse den zu versteuernden Wert für die Dienstwohnung fest. Der so festgestellte Mietwert wird durch die Gehalts- und Versorgungskasse (GVK) dem Gehaltsempfänger/der Gehaltsempfängerin mitgeteilt und der Vergütung zugerechnet (siehe 3.2.1).

#### **1.3 Hausgebühren**

Die Abrechnung der Nebenkosten geschieht gemäß der Verordnung über die Aufstellung von Betriebskosten (BetrKV) in der jeweils gültigen Fassung.

Anspruchsberechtigte tragen grundsätzlich alle anfallenden Hausgebühren, insbesondere für Energie-, Müll- und Wassergebühren selbst.

Hiervon ausgenommen sind:

- laufende öffentliche Lasten des Grundstücks, insbesondere Grundsteuer (falls keine Grundsteuerbefreiung vorliegt)
- Kosten des Betriebs von Aufzugsanlagen
- Kosten der Straßenreinigung
- Kosten der Gartenpflege
- Kosten der Sach- und Haftpflichtversicherung
- Kosten für den Hauswart
- Kosten des Betriebs der Gemeinschaftsantennenanlage bzw. des Kabelanschlusses.

Ist eine gesonderte Berechnung nicht möglich, erfolgt ausnahmsweise eine pauschale Abgeltung nach ortsüblichen Gepflogenheiten (z.B. nach Wohnfläche und Anzahl der Personen im Haushalt). Die Zahlungen erfolgen über die Gehaltsabrechnung an den Bezirk (Hauskasse).

#### **1.4 Lage und Kosten des Arbeitszimmers**

1.4.1 Wo das Arbeitszimmer eingerichtet wird (Dienstwohnung, Kirchengebäude etc.), ist einvernehmlich zwischen DN, Bezirk und Superintendent/Superintendentin zu regeln. Dabei sind die Verhältnisse des Bezirks und die Größe der Familie zu berücksichtigen. Es wird empfohlen, möglichst außerhalb der Wohnung ein Büro für den/die DN bereit zu stellen.

1.4.2 Liegt das Arbeitszimmer innerhalb der vom Bezirk bereitgehaltenen Dienstwohnung, können die Kosten nur dann vom Bezirk übernommen werden, wenn eine räumliche Trennung und/oder eine

separate Ablesung von Energieverbrauch, Heizung und ggf. Wasser möglich sind. Zudem muss die Möblierung vom Bezirk gestellt werden.

1.4.3 Liegt das Arbeitszimmer außerhalb der vom Bezirk bereitgehaltenen Dienstwohnung, trägt der Dienstgeber die Kosten.

1.4.4 Fahrtkosten zwischen der Dienstwohnung und der Arbeitsstätte (Dienstort gem. § 9 EStG) werden nicht erstattet. Arbeitsstätte ist dort, wo sich das Arbeitszimmer befindet. Dienstfahrten, die am Ausgangspunkt der Wohnung oder des Arbeitszimmers beginnen, können abgerechnet werden.

### **1.5 Heizkostenregelung**

Heizkosten bis zu € 800 in der Heizperiode (01.09. des Vorjahrs bis zum 31.08. des Folgejahrs, sofern kein anderer Abrechnungszeitraum vorgegeben ist) trägt der/die DN zu 100 % selbst. Von den Mehrkosten bis zu € 2.000 trägt der/die DN 50 %. Die verbleibenden 50 % trägt der Bezirk. Von den weiteren Mehrkosten, die über € 2.000 hinausgehen, trägt der/die DN 25 %. Die verbleibenden 75 % trägt der Bezirk.

1.5.2 Die Kosten für den Warmwasserverbrauch trägt der/die DN in voller Höhe selbst. Bei pauschaler Abrechnung (gemäß Ziffer 1.5.3) sind zusätzlich 22 % des Heizungsentgelts zu entrichten. Sofern Heizkosten und die Kosten für die Warmwasserversorgung nicht getrennt errechnet werden können, gilt folgende Beispielrechnung:

Die Gesamtkosten (Heizung und Warmwasser) gelten als 122 %.

Die Anteile für Heizung und Warmwasser werden wie folgt daraus ermittelt:

Betrag der 122 % geteilt durch 122 mal 100 = Heizkosten.

Der sich für Heizkosten ergebende Betrag mal 0,22 = Warmwasserkosten.

Beispiel:

Gesamtkosten (Heizung/Warmwasser) 122 % € 900,00

€ 900,00 geteilt durch 122 mal 100 100 % € 737,70 (Heizkosten)

€ 737,70 mal 0,22 22 % € 162,29 (Warmwasserkosten)

1.5.3 Der Bezirk trifft Voraussetzungen für eine verbrauchabhängige Abrechnung. Ist eine getrennte Berechnung von Heiz- und/oder Warmwasserkosten nicht möglich, kann eine pauschale Abrechnung erfolgen. Die entsprechenden Sätze, die vom Bundesministerium für Finanzen veröffentlicht werden, gelten für die Dienstwohnungen.

1.5.4 Die Gesamtrechnung ist auf den Bezirk auszustellen und vorzufinanzieren. Der/die DN erstattet dem Bezirk die errechneten auf ihn/sie entfallenden Kosten. Ist an den/die DN ein Betrag zu erstatten, geschieht dies nach folgender Regelung:

- Der Bezirk errechnet und überweist den auszahlenden Betrag an die GVK. Dies geschieht grundsätzlich mit einer entsprechenden schriftlichen Mitteilung.
- Der überwiesene Betrag wird mit der nächsten Vergütung an den/die DN ausgezahlt.
- Für die ordnungsgemäße Abrechnung ist die GVK verantwortlich.